



Catrin Geier, Bijan Kaffenberger und Tim Huß kandidieren in der Stadt Darmstadt bzw. dem Landkreis Darmstadt-Dieburg für die SPD bei der diesjährigen Landtagswahl. Sie stehen gemeinsam für die Digitalregion. Dazu stellen sie in einem Konzeptpapier ihre Ideen dafür vor. Ziel ist es, die Stadt Darmstadt gemeinsam mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg zur Digitalregion weiter zu entwickeln. Basierend auf einem flächendeckenden Glasfasernetz, stabiler Mobilfunkversorgung und einer 5G-Modellregion sollen besonders die Herausforderungen der Region im Bereich Bildung und Mobilität angegangen werden.

**BIJAN KAFFENBERGER**  
 Politik 4.0 **SPD**  
 Bildung. Mobilität. Wohnen. Digitalisierung.

**CATRIN** **HESSEN SPD**  
**GEIER** SIE PACKT'S AN.  
 FÜR UNS.

**TIM**  
**HUß** **MUT**  
**FÜR NEUES**

## **Gemeinsam für die Digitalregion**

Bedingt durch die Digitalisierung erleben wir einen Wandel in nahezu allen Lebensbereichen. Informationen und Daten sind überall und jederzeit verfügbar und wir können sie mittels immer besserer Soft- und Hardware nutzbar machen. Diese Veränderung bietet die Chance, unser Leben zum Positiven zu verändern. Die Politik muss dabei allerdings die bestehenden Risiken im Auge behalten und begrenzen.

Dazu braucht es Abgeordnete im Hessischen Landtag, die Expertise haben und wissen, wovon sie sprechen. Und zwar nicht nur mit Worthülsen, sondern mit konkretem Input zu spezifischen Politikfeldern. Für die Verbindung von Digitalisierung mit konkreten Inhalten stehen Catrin Geier, Bijan Kaffenberger und Tim Huß. Für eine Politik, die die Potenziale der Digitalisierung erkennt und deren Risiken angstfrei mit Sachverstand adressieren kann. Dann können wir die Digitalisierung demokratisch gestalten: Wir wollen alle Menschen ohne Ängste auf dem Weg in eine digitale Gesellschaft mitnehmen und begleiten.

Dabei ist Digitalisierung ein Querschnittsthema, das uns alle angeht – und kein Thema für Technologieverliebte. Angesichts der rasanten technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen müssen die Antworten aus der Mitte der Gesellschaft kommen. Der SPD-Spitzenkandidat Thorsten-Schäfer Gumbel hat dies erkannt und dem Thema daher ein Buch mit dem Titel „Die sozialdigitale Revolution“ gewidmet. Unser Anspruch: Die Hessen-SPD ist am Puls der Zeit und geht das Thema Digitalisierung ganzheitlich an.

Dabei sollten alle mitentscheiden, wie Digitalisierung unser Leben zukünftig prägt. Niemand darf aufgrund von fehlendem Zugang zu digitaler Infrastruktur oder mangelnder (Aus-)Bildung von der gesellschaftlichen Teilnahme ausgeschlossen werden. Wir stellen aber fest: Die aktuelle Landesregierung tut zu wenig, die Chancen der Digitalisierung für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen zugänglich zu machen. Mit ihrem Nichtstun zementiert und verstärkt Schwarz-Grün somit das bestehende Stadt-Land-Gefälle und vertieft somit die Gräben in unserer Gesellschaft.

Am 28. Oktober in Darmstadt und Darmstadt-Dieburg beide Stimmen der SPD zu geben bedeutet: Die Digitalisierung aktiv zum Wohle der Menschen zu gestalten, die digitale Spaltung zwischen Stadt und Land zu verhindern und konkrete Projekte und Maßnahmen zum Wohle der Menschen in unserer Region umzusetzen.

Geier, Kaffenberger und Huß stellen dazu in diesem Konzeptpapier ihre Ideen für die digitale Zukunft unserer Region vor. Ziel ist es, die Stadt Darmstadt gemeinsam mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg zur Digitalregion zu entwickeln. Basierend auf einem flächendeckenden Glasfasernetz, stabiler Mobilfunkversorgung und einer 5G-Modellregion sollen besonders die Herausforderungen der Region in den Bereichen Bildung und Mobilität angegangen werden.

## 1. Digitale Infrastruktur für Stadt und Land

Eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur ist die notwendige Voraussetzung zur Nutzung der Chancen der Digitalisierung. Dies gilt sowohl für Stadt als auch Land. Daher ist der Grundstein einer gemeinsamen Entwicklung der Digitalisierungspotenziale die Schaffung eines flächendeckenden Glasfasernetzes bis in die Gebäude in Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg.

Hessen profitiert zwar – im Gegensatz zu vielen anderen Flächenländern – von einer gut ausgebauten Bestandsinfrastruktur, insbesondere in den Ballungsräumen wie dem Rhein-Main-Gebiet. Dies ist aber kein Verdienst der Landesregierung, sondern durch die technologische Entwicklung und die Siedlungsstruktur bedingt. Auch die strategische Entscheidung, Darmstadt zur Wissenschaftsstadt mit IT-Schwerpunkt zu entwickeln, hat dazu beigetragen. Die aktuellen, im Ländervergleich guten Versorgungszahlen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es der Landesregierung insbesondere in ländlichen und halbstädtischen Räumen an einer Strategie zum Ausbau von Glasfasernetzen mangelt. So wird wertvolle Zeit vergeudet, statt jetzt die notwendigen Weichen für einen nachhaltigen Breitbandausbau für das 21. Jahrhundert zu stellen.

Schwarz-Grün verwaltet den Bestand, statt Impulse für die Zukunft zu setzen. Das Ziel der Landesregierung, 60 % der Haushalte bis 2020 mit 400 Mbit/s zu versorgen, soll im Wesentlichen durch die marktgetriebene Aufrüstung bestehender Kabelnetze erreicht werden – ambitionierte Infrastrukturpolitik sieht anders aus. Auch die Bereitstellung gigabitfähiger Infrastrukturen bis 2025 ist als Ausbauziel zu unspezifisch und bleibt sogar hinter den bereits weich formulierten Zielen des Bundes zurück.

Im Ergebnis wird die Breitbandstrategie der Landesregierung dazu führen, dass vor allem bestehende Netze in urbanen Räumen aufgewertet werden. Im ländlichen Raum, mit seiner geringeren Verfügbarkeit von Kabelnetzen, passiert nichts. Landespolitik versagt also dort, wo sie ein Mandat zum Gestalten hat.

Damit wird das bestehende Stadt-Land-Gefälle sich verschärfen: So verfügen in unserem Bundesland nur 38,3 % der Anschlüsse im ländlichen Raum über Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s.<sup>1</sup> Die ungleiche Verteilung der Versorgungssituation wird auf den Karten des Bundesverkehrsministeriums deutlich.<sup>2</sup> Dabei gilt: auch die urbanen Räume in unserem Land leiden unter fehlender Infrastruktur im ländlichen Raum, verstärkt dies doch die Wanderbewegungen in die Städte und somit Wohnungsnot und die damit einhergehenden Probleme.

---

<sup>1</sup> Die Gigabitstrategie für Hessen ([http://www.breitband-in-hessen.de/mm/Gigabitstrategie\\_WEB.pdf](http://www.breitband-in-hessen.de/mm/Gigabitstrategie_WEB.pdf))

<sup>2</sup> Breitbandverfügbarkeit Hessen größer-gleich 50 Mbit/s (leitungsgebundene Technologien)

(<https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/ZukunftBreitband/Karten/Hessen/breitband-verfuegbarkeit-hessen-50mbit-leitungsgebundene-technologien.pdf>)

Daher braucht es einen Wechsel hin zu einem nachhaltigen Infrastrukturziel. Die Maßgabe, dass öffentliches Geld nur noch in nachhaltige Glasfasernetze, welche bis zu den Gebäuden hin reichen, und nicht mehr in Bestandsinfrastrukturen fließt, sollte dabei unbedingt Beachtung finden. Neben einem flächendeckenden Glasfasernetz braucht es als Grundlage der Digitalisierung flächendeckende Mobilfunknetze. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die wachsende Anzahl mobiler Endgeräte sowie die Herausforderungen in der Mobilität und bei Industrie 4.0. In beiden Bereichen sehen wir für die gesamte Region enorme Entwicklungsmöglichkeiten. Voraussetzung ist aber eine flächendeckende Versorgung mit stabiler Sprachtelefonie und mobiler Internetverbindung.

Wir wollen aber nicht nur das Notwendige tun, sondern auch die Zukunft ambitioniert im internationalen Standortwettbewerb gestalten. Wir wollen, dass der Mobilfunkstandard der 5. Generation (5G), der Nachfolger des aktuellen Standards der mobilen Datenübertragung LTE (4G), bei uns ausgerollt und für die Menschen und Unternehmen nutzbar gemacht wird.

Wir werden 5G-Modellregion: Die Bundesregierung entwickelt aktuell eine Strategie, die es Deutschland erlauben soll, eine Vorreiterrolle beim Aufbau des Echtzeit-Mobilfunkstandards 5G einzunehmen. Das zuständige Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur dazu wird einen Wettbewerb für verschiedene Kategorien der Nutzung von 5G ausloben (5x5G-Strategie). Teilnehmende Kreise, Städte und Gemeinden werden dabei aufgerufen, drei wichtige kommunale Herausforderungen z. B. aus den Bereichen Mobilität, Müllabfuhr, Gesundheitsversorgung oder Energieversorgung zu benennen und in einer ersten Skizze aufzuzeigen, wie und mit welchem Zeithorizont sich die Herausforderungen mit 5G ab 2020 in den jeweiligen Gebietskörperschaften lösen lassen könnten.

Die überzeugendsten Skizzen erhalten Fördergelder zur Erarbeitung detaillierter Projektkonzepte. Hierbei unterstützt der Bund die kommunalen Bewerber bei ihren Aktivitäten, so zum Beispiel in der Ansprache passender Industriepartner und Start-Ups und bei der Bildung von Konsortien. Der Bund stellt hierfür Mittel in Höhe von mindestens 2 Millionen Euro zur Verfügung.

Auf Basis der vorgelegten Konzepte sollen dann mehrere Regionen als Pilotregionen mit einem 5G-Mobilfunkstandard ausgestattet werden, um vor Ort die Forschung zu intensivieren und den Infrastrukturaufbau zu beschleunigen. Laut Koalitionsvertrag auf Bundesebene sollen auch ländliche Regionen von der 5x5G-Strategie profitieren.

Unser Ziel: Die gemeinsame Digitalregion soll eine der fünf 5G-Modellregionen werden, da sie mit der Digitalstadt Darmstadt als Zentrum und ländlicheren Kommunen im Umkreis bestens dazu geeignet ist, alle notwendigen Kriterien zu erfüllen. So kann nachhaltig die wirtschaftliche Entwicklung des Standortes in der Metropolregion gestärkt und die Grundlage für die digitale Gesellschaft gelegt werden.

Dazu ist seitens der SPD in der Stadtverordnetenversammlung in Darmstadt sowie im Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg ein entsprechender Antrag eingebracht worden, der fordert, eine gemeinsame Bewerbung als 5G-Modellregion auf den Weg zu bringen. Wir werden diesen Weg gemeinsam weitergehen und mit konkreten Inhalten füllen, die allen Menschen in unserer Region zu Gute kommen.

## **2. Raus aus der Kreidezeit – Digitale Bildung jetzt**

Wir wollen, dass jedes Kind es schafft, das Leben souverän zu meistern. Dazu müssen wir angesichts der rasanten technologischen Entwicklung, aber auch des demografischen Wandels, Bildung neu denken! Die Herausforderung: Neues zu fördern ohne Bewährtes zu verlieren. Dabei geht es um unsere Zukunft: Jetzt werden jene Menschen in unseren Schulen ausgebildet, die später Hessen gestalten. Die nächste Generation braucht neue Kompetenzen und Inhalte. Deshalb wollen wir unsere Schulen modernisieren und die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer der heutigen Zeit anpassen. Häufig fehlt es den Kommunen an finanziellen Mitteln, um Schule so modern zu gestalten, dass sie eine gute Orientierung in der digitalen Welt geben kann – dies werden wir ändern. Dabei brauchen unsere Schulen eine solide und moderne digitale Infrastruktur und professionellen IT-Support. Dazu braucht es die Umsetzung des Digitalpaktes – eine Kooperation zwischen Bund und Ländern. Wir werden dafür sorgen, dass Hessen seiner Verantwortung gerecht wird.

In der Landesregierung wollen wir als Partner des Digitalpakts und zur Implementierung einer Bildungspolitik 4.0 für moderne Lehrpläne sowie entsprechende Fortbildungskonzepte sorgen. Bundesmittel wollen wir schnellstmöglich und zielgerichtet an die Schulen verteilen, aber auch zusätzliche Landesmittel bereitstellen.

In der Digitalregion wollen wir außerdem auf einen gemeinsamen Schulentwicklungsplan hinarbeiten, der so schnell wie möglich die Voraussetzungen schafft, damit die Digitalisierung Einzug in die Klassenzimmer halten kann. So wollen wir in Abstimmung mit den Netzbetreibern eine Möglichkeit finden, die zurzeit noch sehr hohen Betriebskosten dieser Anschlüsse zu reduzieren und für die Schulträger tragbar zu gestalten.

Aktuell erarbeiten viele Schulen eigene Konzepte, wie sie ihren Unterricht in der digitalen Bildungswelt gestalten wollen. Dies ist leider noch nicht die Regel: Vielfach finden an Schulen lediglich Arbeitsgruppen zum Thema Programmieren statt – oft nur auf Initiative einzelner Lehrkräfte oder Elternteile. Dies kann zu digitaler Spaltung in den Kompetenzen führen, da diese Angebote häufiger an Schulen stattfinden, in denen Lehrkräfte nicht bereits durch zu große Klassen, Personalmangel und ein schwieriges soziales Umfeld überlastet sind und Eltern die Zeit und die Qualifikation haben, mit ihrem Engagement Projektarbeit zu ermöglichen. Digitalisierung darf aber nicht zu einer neuen sozialen Frage führen.

Wir brauchen daher einheitliche Lehrpläne und geschultes Lehrpersonal, um eine umfassende Digitalbildung für alle an allen Schulen und Schulformen sicherzustellen. Dies ist notwendig, um am Puls der Zeit zu sein und digitale und lebensnahe Bildung in Hessen zu ermöglichen.

Mit einem Masterplan für die Digitalisierung in Schule und Unterricht nimmt sich die SPD dieser Herausforderungen an und wird Medien- und Digitalisierungskompetenz als neuen Lerninhalt für alle Schulformen verankern. Schulen sollen die Grundlagen für einen reflektierten Umgang junger Menschen mit der Digitalisierung schaffen. Jedes Kind sollte souverän das digitale Leben meistern.

Dazu muss die Vermittlung von Medienkompetenz Aufgabe aller Schulen sein. Schülerinnen und Schüler sollen ein Zertifikat über Basiskompetenzen erwerben, das diese nachweist. Ein weiterer Teil des Masterplanes ist eine moderne Unterrichtsdidaktik sowie ein Landesmedienkonzept, um Lehrkräften etwas an die Hand zu geben, mit dem sie Unterricht vorbereiten und gestalten können.

Ziel ist es, dass in der Schule eine selbstbewusste, kreative und kritische Mediennutzung erlernt wird. Dazu gehört auch, über die Risiken, etwa in Bezug auf Suchtverhalten, Mobbing, sexistische und gewaltverherrlichende Inhalte, Datenschutz usw. aufzuklären. Gleichzeitig sollen die Chancen der Neuen Medien zur Gestaltung innovativer Lehr- und Lernprozesse (u. a. bei individueller Förderung) herangezogen werden, dort wo sie sinnvoll und altersgerecht eingesetzt werden können. Klar ist: Digitale Medien können keine Lehrkraft ersetzen, doch digitale Lehr- und Lernmaterialien können ergänzen – wenn die Lehrkräfte für ihren Einsatz hinreichend geschult sind.

Wir setzen uns daher für eine kostenfreie, adaptive multimediale Lernplattform ein, die in Kooperation von Bund und Ländern entwickelt werden soll. Deren Einführung und Nutzung an allen Schulen in der Digitalregion werden wir sicherstellen. Darüber hinaus soll digitale Lernmittelfreiheit gefördert werden. Open Educational Resources sollen in Hessen fester Bestandteil des schulischen Lebens werden.

Digitale Bildung ist für uns mehr als der Einsatz neuer Medien, technologiegestütztes Lehren und die Vermittlung von Anwendungskompetenzen. Wir wollen, dass junge Menschen nicht nur lernen, neue Technologien zu bedienen. Sie sollen sie beherrschen, selbst Entwicklungen vornehmen und ihre Auswirkungen verstehen. Entsprechende Kulturkompetenzen und Inhalte müssen in unseren Schulen vermittelt werden. In einer digitalen Welt gehören neben Lesen, Schreiben und Rechnen auch der Umgang mit Soft- und Hardware zu den grundlegenden Fähigkeiten. Daher werden wir die Lehrpläne überarbeiten und modernisieren.

In Abstimmung mit der IHK und lokalen Unternehmen wollen wir den Einsatz von Open Hardware bzw. Source Einplatinencomputern an allen Grundschulen in der Digitalregion ermöglichen. So können wir die Schülerinnen und Schüler neugierig auf's Programmieren machen.

Wir müssen, gerade mit Blick auf die Digitalisierung, die duale Ausbildung stärken. Ein zukunftsweisender Berufsschulpakt braucht ein Programm zur Digitalisierung, das Berufsschulen baulich und technologisch modernisiert, um Auszubildende bestmöglich auf die Herausforderungen des Arbeitsmarktes, welche durch die Digitalisierung entstehen, vorzubereiten. Dazu muss eine Qualifizierungsoffensive gemeinsam mit Handwerk, Industrie und Handel sowie den Kammern gestartet werden, die die Ausbildung von Berufsschullehrkräften, die Etablierung von innovativen Lehrkonzepten und die Schaffung von zusätzlichen Lehrstühlen zur Lehrkräfteausbildung beinhaltet. Die Vernetzung mit den IT-Unternehmen in unserer Region kann hier ein Alleinstellungsmerkmal für uns werden: In einem digitalen Bildungscluster wollen wir die Zusammenarbeit in der digitalen Bildungslandschaft mit allen Akteuren in unserem Wirtschaftsraum bündeln.

### **3. Mobilität – digital, vernetzt, smart**

Ein Mobilitätskonzept darf nicht an Stadtgrenzen haltmachen. Wir müssen gemeinsam Mittel und Wege finden, eine gute Anbindung zwischen den Städten und Gemeinden der Region sowie nach Darmstadt und Frankfurt sicherzustellen und zu verbessern.

Unser Ziel ist ein digitales, integriertes und intermodales Mobilitätskonzept, das Verkehr intelligent steuert, einen guten, bezahlbaren und abgasfreien ÖPNV beinhaltet und die Verkehrssituation sowie die Luftqualität für alle spürbar verbessert. Dazu müssen Daten zu Verkehrsströmen in der gesamten Region und digital in Echtzeit erfasst werden.

Basierend darauf kann eine Verkehrssteuerung helfen, dem täglichen Stau auf den Einfallstraßen entgegenzuwirken. Gleichzeitig wird das Verkehrsaufkommen effizient verteilt und dadurch die Luftreinhaltung gefördert.

Denn aktuell kommen aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg täglich etwa 30.000 Pendlerinnen und Pendler nach Darmstadt. Die meisten stehen morgens im Stau, beispielsweise am Ostbahnhof oder am Böllenfalltor. Daher muss das LoRaWAN-Niedrigenergienetz, das in Darmstadt künftig helfen soll, den Verkehr digital in Echtzeit zu steuern, auf den Landkreis Darmstadt-Dieburg ausgeweitet werden.

So können in der Digitalregion nicht nur der innerstädtische, sondern auch der Pendelverkehr digital gelenkt werden. Aber das alleine wird nicht genügen. Die stetige Verbesserung des ÖPNV-Angebotes ist ein weiteres Ziel für die Region. Dazu kann Digitalisierung ebenfalls einen Beitrag leisten. Mit kombinierten Fahrplänen für alle Verkehrsträger und digitalen Standortplänen kann der Umstieg zwischen den Verkehrsträgern gelingen und die Nutzung des ÖPNV und die Kombination mit E-Bike und Car-Sharing verbessert werden.

Es muss in Zug, Bahn und Bus die Möglichkeit geben, das Handy zu laden und über freies WLAN ins Internet zu gehen. Die ersten bereits verfügbaren Angebote sollen in der Digitalregion flächendeckend eingeführt werden.

Außerdem müssen wir auch sicherstellen, dass die Menschen im ländlichen Raum gut angebunden und mobil sind. Auch hierzu brauchen wir neue Formen des ÖPNV wie App-Sammel-Taxis. Eine kommunale Mitnahme- und Mitfahrzentrale für Nutzergruppen im ländlichen Raum bietet große Chancen. Der Odenwaldkreis geht hier bereits mit „Garantiert Mobil“ richtige Wege.

Außerdem hilft uns hier auch die Digitalisierung: durch spontane Fahrgemeinschaften per Handy-App und zu günstigen Preisen, oder via Kleinbus, der Menschen direkt von zu Hause abholt. Wenn die Fahrzeuge dann noch elektrifiziert und mit Rad- und Fußverkehr verknüpft werden, kann die Verkehrswende endlich gelingen!

Das alles muss in eine multimodale und bundesweite App integriert werden, die den Fahrscheinkauf kundenfreundlich und überregional gestaltet und darüber hinaus Mobilitätsdaten, Services sowie den ÖPNV ergänzende Mobilitätsdienstleistungen anbietet.

Eine Applikation, die es allen ermöglicht, individuell von A nach B zu kommen und mit der man ganz einfach auf verschiedenen Verkehrsmittel zurückgreifen und diese wechseln kann: Bus, Stadtbahn, Fahrrad, Carsharing, Mitfahrzentralen und Taxi im gesamten Land. Eine solche App könnte auch sehen, wenn auf meinem Weg mit dem Carsharing-Auto jemand wartet, und mir vorschlagen, ihn doch mitzunehmen. Mit solchen innovativen Konzepten können wir überflüssigen Verkehr, sowohl fließenden als auch ruhenden, reduzieren.

Disruptiv wirkt sich diese technologische Anwendung spätestens dann aus, wenn Fahrzeuge flächendeckend autonom fahren. Eine notwendige Voraussetzung dafür ist eine 5G-Abdeckung. Die Chancen autonomer Fahrzeuge wollen wir nutzen. Nur so können wir uns auf die Zukunft der Mobilität vorbereiten.

Die Modellregion für diese App sollte unsere gemeinsame Digitalregion werden. Mit diesen Maßnahmen können wir die Verkehrswende gestalten und die Herausforderungen der Zukunft angehen.